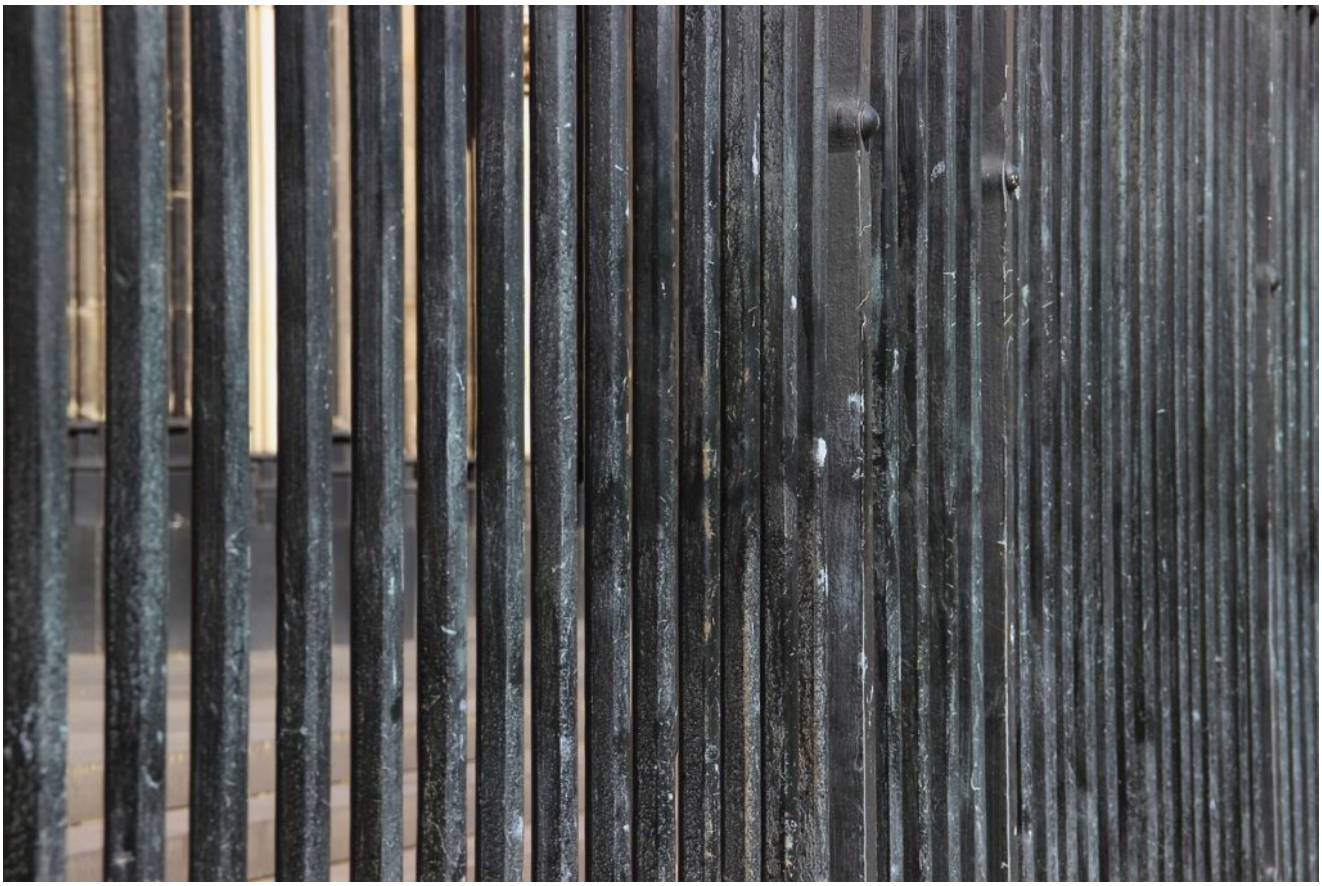
Katholische Bischöfe: Grundrecht auf Asyl muss bleiben

24. März 2025



Die Bischöfe positionieren sich klar zur Migrationsdebatte: Das Grundrecht auf Asyl sei weiterhin zu berücksichtigen. Auch zur Debatte über die Rückkehr von Geflüchteten in deren Herkunftsländer äußern sie sich.

Kall (KNA) Die katholische Deutsche Bischofskonferenz ruft dazu auf, die Polarisierungen in der Migrationsdebatte zu überwinden. Wer Probleme lösen wolle, müsse immer die fundamentalen Grundsätze des Gemeinwesens berücksichtigen, sagte der Vorsitzende Georg Bätzing am Donnerstag zum Abschluss der Bischofsvollversammlung im Kloster Steinfeld in der Eifel: Dazu gehören das Grundrecht auf Asyl und ein menschenwürdiger Umgang mit jedem, der in unserem Land Zuflucht sucht.

Zudem dürfe nicht vergessen werden, dass der im Grundgesetz verankerte Schutz der Familie auch Flüchtlingsfamilien einschließe, fügte der Limburger Bischof hinzu. Die Bischöfe seien weiterhin davon überzeugt, dass in Fragen von Migration und Flucht gemeinsame Antworten auf Ebene der Europäischen Union einen hohen Wert hätten. Aktuell wäre es aber verfrüht, die migrationspolitischen Pläne und Vereinbarungen der künftigen Koalitionäre in

Deutschland im Einzelnen zu bewerten, so Bätzing weiter.

Der Bischof forderte größere Anstrengungen überall dort, wo Integrationsprozesse zu misslingen drohen. So brauche es etwa eine wirksamere Unterstützung von Kommunen, denen die Aufnahme von Geflüchteten viel abverlange.

Ebenso steht nach Worten des Vorsitzenden der Bischofskonferenz außer Frage, dass alle Formen des Extremismus in Deutschland bekämpft werden müssten: Dies schließt neben dem Rechtsextremismus ebenso den Islamismus ein, die beide auch gewalttätige Formen annehmen.

Bei den Gesprächen über die Lage im Nahen und Mittleren Osten bei dieser Vollversammlung hat sich laut Bätzing noch einmal sehr deutlich gezeigt, dass eine Rückkehr von Geflüchteten in ihre Herkunftsländer erst dann wirklich verantwortbar sei, wenn sie dort in Sicherheit und Würde leben können: Deshalb halten wir eine Reduktion internationaler Hilfen für Krisengebiete, wie sie die neue US-amerikanische Regierung gerade forciert und wie sie auch andernorts diskutiert wird, für den falschen Weg.“

© KNA

Bild von meinersterampe auf Pixabay

Stand: 13. November 2026